

Kopfnote:

TOBEL – Die Thurgauer Parteien stehen einem neuen finanziellen Engagement des Kantons bei der Stiftung Komturei Tobel mehrheitlich kritisch gegenüber.

Der Regierungsrat ist verärgert, weil der Stiftungsrat kein Durchgangsheim für Asylbewerber dulden will. Er ist auch besorgt, weil die Stiftung die drei Millionen Startkapital aufgezehrt hat. Der Gemeindeammann von Tobel-Tägerschen, Roland Kuttruff, will, dass die Stiftungsaufsicht in Sachen Komturei aktiv wird. Zudem kündigt er eine Interpellation im Grossen Rat an. Er kritisiert mangelnde Fortschritte bei der Neunutzung der Komturei. Der Stiftungsrat argumentiert, dass das eigene Projekt für das Haus Traube höhere Einnahmen bringen werde als die Vermietung als Durchgangsheim an den Kanton. Zudem seien Altlasten aus der Zeit des früheren Stiftungsrats aufgetaucht. (mkn)

Artikel:

Gegen neues Geld für Komturei

THURGAUER ZEITUNG 8. DEZ. 2009

von Martin Knoepfl

Der Kanton solle der Stiftung Komturei nicht nochmals unter die Arme greifen, fordern Thurgauer Politiker. Die Autonomie der Stiftung vom Kanton wird anerkannt.

Gemeindeammann will mit Vorstoss Druck machen

Wiederholt hatte sich der Gemeindeammann der Standortgemeinde Tobel kritisch zur Entwicklung der Komturei geäussert. Nächste Woche will Roland Kuttruff mit einer Interpellation im Grossen Rat nachhaken, nachdem es der Stiftungsrat letzte Woche abgelehnt hat, das Haus zum Trauben auf Komturei-Gelände dem Kanton als Asyl-Durchgangsheim zu vermieten. Seit drei Jahren gebe es keine Fortschritte in der Komturei, und die 2,9 Millionen Franken der Steuerzahler seien ohne Wertvermehrung aufgebraucht worden, moniert der CVP-Kantonsrat. Kuttruff fordert zudem ein Eingreifen der Stiftungsaufsicht, da dem Regierungsrat rechtlich die Hände gebunden seien. Die neuen Pläne des Stiftungsrates seien zu wenig konkret. Zudem fehle das Wohlwollen der Bevölkerung.

Die Stiftung hatte Probleme bekommen, als das Projekt einer Timeout-Schule nicht zustande kam und sich Raiffeisen aus der Finanzierung zurückzog. Jetzt will der Stiftungsrat Schulden abbauen und die Komturei mit einem Alterswohnprojekt und kulturellen Anlässen beleben. (hal)

Tobel – Der Stiftungsrat der Stiftung Komturei Tobel will das Haus Traube nicht als Durchgangsheim für Asylbewerber vermieten. Zugleich hat die Stiftung Schulden von 0,4 Millionen Franken beim Elektrizitätswerk des Kantons Zürich. Da stellt sich die Frage, ob der Thurgau der Stiftung nochmals finanziell unter die Arme greifen soll und muss.

Die Stiftung habe höchstens die moralische Verpflichtung, den Kanton als Mieter zu akzeptieren, sagt die Chefin der CVP/GLP-Fraktion im Grossen Rat, Carmen Haag. Nach dem Nein des Stiftungsrats sei der Zeitpunkt ungünstig, den Kanton um Finanzhilfe anzugehen. Die Stiftung solle dem Kanton beim Durchgangsheim entgegenkommen, fordert Urs Oberholzer, Präsident der Grünen Thurgau. Es gehe ja nur um eine Vermietung. Weitere Gelder des Kantons für die Stiftung lehnt Oberholzer ab. Gleicher Meinung ist der Chef der EVP/EDU-Fraktion im Grossen Rat, Matthias Müller (Gachnang). Die Stiftung Komturei müsse schauen, wie sie über die Runden komme. Der Kanton habe ihr die Komturei mit einer Mitgift überlassen. Es gebe noch andere historische Gebäude im Kanton, etwa den Greuterhof in Gachnang, sagt Müller. SVP-

Fraktionschef Stephan Tobler sieht keinen Grund für eine Hilfe des Kantons für die Stiftung Komturei. Man solle dem Stiftungsrat aber die nötige Zeit geben, um seine Ideen zu realisieren. Der Kanton habe die Komturei jahrzehntelang vernachlässigt.

Retourkutsche vermutet

Es sei schwierig, gute Nutzungen für den Komplex zu finden. Mit drei Millionen komme man nicht weit, sagt SP-Fraktionschefin Renate Bruggmann. Sie bedauert, dass Projekte wie die Time-out-Schule nicht realisiert werden konnten. Der Kanton müsse schauen, dass die Komturei nicht verfallende. FDP-Fraktionschef Hans Munz betont, dass die Komturei nur an den Kanton zurückfällt, wenn die Stiftung liquidiert werden muss. Der Stiftungsrat habe eine Aufgabe gemäss Stiftungsurkunde und sei nicht verpflichtet, dem Kanton zu vermieten. Er müsse nur eine Alternative haben, wenn er dem Kanton absage. Benedikt Wälder, Kopräsident der Stiftung, glaubt an eine Retourkutsche, weil der Stiftungsrat das Haus nicht als Durchgangsheim hergebe. Asylbewerber, die nur kurze Zeit hier seien, liessen sich nicht in die Ziele der Stiftung integrieren. Der Stiftungsrat nehme mit dem Nein Rücksicht auf die Bevölkerung. Der Kanton habe 2000 Franken im Monat offeriert.